



Rede

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

„Wachstumspolitik in der Krise“

am Montag, dem 18. Oktober 2010

**an der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der
Universität Bayreuth**

Einstieg: Erfreuliche Revitalisierung der deutschen Wirtschaft

Spektabilität¹,
sehr geehrter Herr Professor Leschke²,
sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen über „Wachstumspolitik in der Krise“ zu sprechen, ist insofern eine dankbare Aufgabe, da wir nach dem starken Einbruch des Vorjahres mit dem Wachstum in diesem Jahr sehr zufrieden sein können.

Um dieses Wachstum richtig einordnen zu können, hilft wie so oft ein Blick von außen: In der internationalen Presse wurde Deutschland noch vor wenigen Jahren als der „kranke Mann Europas“ bezeichnet, man sprach von der „German Disease“. In den vergangenen Wochen war dort dann erst vom „German Arbeitsmarktwunder“ die Rede und jetzt von Deutschlands Rolle als „Wachstumslokomotive“ des Euro-Raums.

¹ Aktueller Dekan: Prof. Dr. Markus Möstl

² Zuständig für den Master-Studiengang „Internationale Wirtschaft und Governance“

Die Kaufleute unter Ihnen werden sagen:
Das ist ein echter „Turnaround“!

Gemeinschaftsdiagnose:
Der Aufschwung ist da

Die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben am 14. Oktober 2010 ihr Herbstgutachten vorgestellt. Das Gutachten verdeutlicht, dass die Politik der Bundesregierung die Basis für einen starken Aufschwung gelegt hat. Die Institute rechnen für das Jahr 2010 mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,5 %. Für das folgende Jahr erwarten sie ein Wirtschaftswachstum von 2,0 %. Der Arbeitsmarkt wird sich positiv entwickeln. Die Arbeitslosigkeit wird 2011 auf einen Jahresdurchschnitt von unter 3 Millionen zurückgehen. Insgesamt zeigt das Gutachten der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, dass jetzt die Zeit für eine nachhaltige Konsolidierung ist. Dies

war und ist auch die Position der Bundesregierung.

Im Gegensatz etwa zu vielen Amerikanern haben viele Deutsche oftmals Schwierigkeiten, stolz auf das Erreichte zu sein. Wir haben aber durchaus Gründe, sehr zufrieden zu sein. Auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise war nicht erkennbar, wie robust sich die deutsche Wirtschaft gegenüber dem stärksten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik zeigt. Dass wir inzwischen optimistischer sein können, hat drei Ursachen:

Erstens: Die Restrukturierung deutscher Unternehmen zu Beginn des Jahrzehnts hat ohne Zweifel zu mehr internationaler Wettbewerbsfähigkeit und stärkerer betrieblicher Flexibilität geführt. Die Krise konnte dadurch besser abgefangen werden, zugleich ist ein schnelleres Wiedererstarken bei anziehender Weltkonjunktur möglich. Damit haben Unternehmer und Belegschaften gemeinsam den wichtigsten Grundstein für die wirtschaftliche Erholung gelegt.

Zweitens: Beigetragen haben auch strukturelle Reformen, von denen

mancher, der bis ins letzte Jahr noch in Regierungsverantwortung stand, heute nichts mehr wissen möchte. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige hat „Anspruchslöhne“ gesenkt und damit ebenso zum Abbau der Sockelarbeitslosigkeit beigetragen wie die Liberalisierung der Zeitarbeit. Auch die Debatte um einen späteren Renteneintritt hat schon zu einem spürbaren Umdenken geführt. Sie ist ein wichtiger Schritt zu einer neuen „Kultur der Arbeit“ – einer „Kultur der Anstrengung“, die anerkennt, dass das, was wir verteilen wollen, auch erwirtschaftet werden muss.

Drittens: Das entschlossene Handeln der Bundesregierung in der Krise erweist sich auch im Nachhinein als richtig. Die Garantie der Spareinlagen, die schmerzhaften, aber notwendigen Bankenrettungspakete, die Verlängerung der Kurzarbeitsregelung, die – in der historischen Ausnahmesituation ausnahmsweise gerechtfertigten – Konjunkturprogramme, all diese Maßnahmen haben in der Summe durchaus die erwünschte stabilisierende Wirkung entfaltet.

Nicht beim Erreichten stehen bleiben

Doch genug des Eigenlobs. Ich möchte betonen, dass Zufriedenheit mit der deutschen Entwicklung keine Begründung für Passivität sein darf. Ganz im Gegenteil! Sie ist ein Ansporn für eine klare Fortsetzung des notwendigen Modernisierungskurses.

Konsolidierung hat jetzt Priorität!

Einen zentralen Baustein guter Wachstumspolitik bildet die finanzpolitische „Exit-Strategie“. Denn Krisenbekämpfung erschöpft sich nicht darin, auf dem Höhepunkt der Krise viel Geld auszugeben. Mindestens ebenso wichtig ist es, den rechtzeitigen Rückzug des Staates aus den außergewöhnlichen finanzpolitischen Maßnahmen zu organisieren. Nur auf diese Weise können wir einen starken, einen handlungsfähigen Staat im Interesse aller Bürger sichern. Andernfalls wird die kurzfristige konjunkturelle Stabilisierung zu einer langfristigen Last durch immer mehr Schulden und immer mehr Zinsen.

Vor dieser bedeutenden Aufgabe stehen wir derzeit. Wichtigster „Helfer“ einer

verantwortlichen Finanzpolitik ist die neue Schuldenregel. Sie sorgt *erstens* dafür, dass automatische Stabilisatoren weiterhin wirken können, antizyklische Fiskalpolitik aber nur in Ausnahmefällen wie der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zulässig ist. Und *zweitens* sorgt sie dafür, dass die *strukturelle* Neuverschuldung, die uns nunmehr über Jahrzehnte als Regelfall begleitet hat, ab 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird, mit einer schrittweisen Heranführung an diese Grenze in der Übergangszeit.

Ich habe bewusst von einem „Helfer“ verantwortlicher Finanzpolitik gesprochen und der neuen Schuldenregel damit eine „unterstützende“ Funktion zugewiesen. Im öffentlichen Diskurs entsteht leicht der falsche Eindruck, die Haushaltskonsolidierung diene ausschließlich der Erfüllung rechtlicher Vorgaben, die wenig Sensibilität für den Einzelfall aufweisen.

Es ist genau umgekehrt: Wir brauchen die Haushaltskonsolidierung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes! Die neue Schuldenregel soll uns dabei nur helfen, nachdem die alte offenkundig

nicht genügt hat. Die Bindung der Neuverschuldung an die Investitionen hat schlichtweg nicht funktioniert. Einerseits hat die öffentliche Hand immer mehr für konsumtive Sozialleistungen ausgegeben und immer weniger für Investitionen. Auf der anderen Seite ist zugleich die öffentliche Verschuldung explodiert und mit ihr auch die Zinszahlungen. Allein der Bund zahlt jedes Jahr rund 37 Mrd. Euro und damit jeden achten Euro für Zinsen.

Wenn der Staat auch in der nächsten Krise handlungsfähig sein soll, müssen wir die Neuverschuldung Schritt für Schritt reduzieren. Wir müssen uns aber auch unabhängig von der Krise einem Kreislauf fernhalten, in dem Schulden immer neue Schulden nähren. Denn Deutschlands Staatsfinanzen waren zwar seit 2005 auf gutem Kurs. Tragfähig waren die öffentlichen Finanzen aber auch vor der Krise noch nicht, darüber sollte uns auch der nahezu ausgeglichene öffentliche Gesamthaushalt im konjunkturellen Boomjahr 2008 nicht täuschen.

Griechenland-Krise als Mahnung

Auch die Griechenland-Krise hat uns vor Augen geführt, wie plötzlich und abrupt die Märkte das Vertrauen in eine gesicherte Bedienung von Staatsschulden verlieren können und welche nachhaltigen Verwerfungen dies hervorrufen kann. Für Deutschland ist ein solches Szenario zwar fern. Aber eine nachhaltige Finanzpolitik muss alles daran setzen, durch solide Haushaltsführung und wirtschaftliche Wachstumsförderung diese Gefahr vollständig zu bannen.

Denn hinter dem, was so abstrakt mit „Märkten“ zusammengefasst wird, steht das Vertrauen von Konsumenten, Investoren, Kleinsparern, mithin das Vertrauen der Bürger in die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Staates.

Wachstumsfreundliche Konsolidierung

Das national und international manchmal vorgebrachte Argument, Deutschland solle die Staatsausgaben noch möglichst lange auf dem (hohen) Krisenniveau halten, um „den beginnenden Aufschwung nicht abzuwürgen“, geht daher fehl.

Erstens, weil die einzelnen Schritte zur Rückführung des Defizits alles in allem sehr moderat ausfallen. Von einem abrupten Umsteuern also nicht die Rede sein kann. Die Konjunkturpakete laufen planmäßig aus und entfalten ihre Wirkung damit noch bis 2011. Das beabsichtigte Konsolidierungsvolumen von 11 Mrd. Euro für 2011 beträgt zudem weniger als ½ Prozent des BIP.

Zweitens, und das ist noch viel wichtiger: Wachstum über schuldenfinanzierte zusätzliche Nachfrage ist nicht nachhaltig. Mehr Schulden führen auf Dauer nicht zu mehr Wachstum. Es ist genau umgekehrt: Solide Finanzen sind die beste Wachstumspolitik, weil sie das Vertrauen der Konsumenten und Investoren stärken.

Meinungsumfragen belegen: Die Sorge der Menschen vor hohen Staatsschulden ist das größte Hindernis für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und für eine stärkere Inlandsnachfrage.

Solide Staatsfinanzen haben einen unmittelbar positiven Einfluss auf die privaten Investitionen, da Erwartungen positiv beeinflusst werden. Investoren

können langfristig mit einer moderaten Steuer- und Abgabentwicklung rechnen und müssen auch nicht befürchten, dass der Staat sie bei der Finanzierung wichtiger Investitionen aus dem Markt drängt.

Die internationale wirtschaftswissenschaftliche Forschung ist sich weitgehend einig, dass die Reduzierung hoher Schuldenstandsquoten in Industrieländern das Wachstumspotenzial erhöht – und umgekehrt zu hohe Schulden das Wachstum dämpfen! Die einschlägigen Untersuchungen des Sachverständigenrates³ oder auch die Studie von Alberto Alesina und Silvia Ardagna von der Harvard University⁴, die Ende letzten Jahres weltweit viel Aufmerksamkeit gefunden hat, sind Ihnen hier an der Fakultät gewiss bekannt.

Das ist auch der Grund, weshalb ich hier in einer Rede zur Wachstumspolitik so viel Gewicht auf die Finanzpolitik lege: Ich

³ Jahresgutachten 2002: ein Prozentpunkt höheres Produktionsniveau je acht Prozentpunkte Reduktion der Schuldenstandsquote

⁴ Positiver Wachstumseffekt einer eher ausgabenseitigen Konsolidierungsstrategie (kritischer: Steuererhöhungen)

bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns nicht in einem Zielkonflikt „Wachstum oder Konsolidierung“ befinden, es geht auch nicht um „Wachstum trotz Konsolidierung“. Nein in der jetzigen konjunkturellen Situation gilt – zugespitzt formuliert – „Wachstum durch Konsolidierung“!

„Zukunftspaket“ der Bundesregierung

Weniger zugespitzt heißt das, es geht um Wachstum auch – also nicht ausschließlich – durch Konsolidierung, und es geht um eine intelligente, wachstumsfreundliche Konsolidierung.

Denn auch im Rahmen der Konsolidierung bleibt Raum für eine Stärkung der Wachstumsmotoren der deutschen Volkswirtschaft. Bei Bildung und Forschung sind sogar Mehrausgaben von 12 Mrd. Euro geplant. Das ist wichtig, weil Bildung und Forschung die langfristigen Wachstumstreiber sind.

Zugleich würde ich mir in der öffentlichen Debatte hierzu etwas mehr Tiefgang wünschen. Sich darauf zu beschränken, mehr Geld für Bildung und Forschung zu fordern, greift zu kurz. Wir brauchen auch

einen fruchtbaren Streit um die bestmögliche Verwendung solcher Mittel. Im Kern brauchen wir mehr Output-orientierung in der Bildungs- und Forschungspolitik. Wir brauchen auch mehr Analysen zur Effizienz einzelner Maßnahmen. Die Evaluationen von Familienleistungen oder der Arbeitsmarktinstrumente können hier vielleicht als Vorbild dienen.

Meine Damen und Herren,

ich habe bereits davon gesprochen, dass in nahezu allen öffentlichen Haushalten in den vergangenen Jahrzehnten Investitionen durch steigende Sozialausgaben verdrängt wurden. Die Sozialausgaben sind auch beim Bund inzwischen die mit Abstand größte Ausgabenkomponente. Der Haushaltsplan für 2010 rechnet mit Steuereinnahmen von 212 Mrd. Euro, die bereits zu 100 % gebunden sind, wenn man nur Zinsausgaben von 37 Mrd. Euro und Ausgaben für Soziale Sicherung von 173 Mrd. Euro betrachtet. Zwar hat sich die Lage im Vollzug ein wenig entspannt, am grundlegenden Befund ändert das aber nichts.

Bei der Rückführung der Staatsausgaben auf ein nachhaltiges Niveau ist es daher schlichtweg unmöglich, den Sozialbereich auszusparen. Wir nehmen jedoch keine Kürzungen „mit dem Rasenmäher“ vor. Leitlinie der moderaten Leistungseingriffe ist vielmehr, Arbeitsanreize zu stärken, etwa beim Umbau der Arbeitsförderung oder bei Anrechnung von Elterngeld auf das Arbeitslosengeld II. Auch das ist gute Wachstumspolitik.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs am Ende Erfolg haben werden. Erfolg nicht nur für die öffentlichen Finanzen, sondern eben auch für die wirtschaftliche und soziale Lage in unserem Land. Die Geschichte der Bundesrepublik kennt ein sehr erfolgreiches Beispiel, in dem ein Schwenk zu solideren Staatsfinanzen Wachstum und Beschäftigung in den Folgejahren erheblich gesteigert hat: Die erste Regierung Kohl (mit dem Finanzminister Stoltenberg) hat nach ihrem Amtsantritt den Haushalt um 3 % des BIP entlastet, es folgten Jahre großer wirtschaftlicher Prosperität.

Vielen von Ihnen wird das kaum in Erinnerung sein, weil Sie damals noch nicht geboren waren. Aber was wir damals geschafft haben, können wir auch heute wieder schaffen.

Weitere wachstumspolitische Aufgaben

Gute Wachstumspolitik besteht natürlich nicht allein aus gelungener Haushaltskonsolidierung, darauf habe ich bereits hingewiesen. Ich möchte exemplarisch vier weitere Handlungsfelder ansprechen: mehr Investitionen, eine Weiterentwicklung der Dienstleistungsmärkte, eine nachhaltige Lösung der Euro-Staatsschuldenkrise und eine angemessene Re-Regulierung der Finanzmärkte.

Zunächst zu den Investitionen, die für das Potentialwachstum ja von erheblicher Bedeutung sind.

Die Nettoinvestitionen der öffentlichen Hand waren in den vergangenen Jahren oftmals null oder gar negativ. Auch der hohe Leistungsbilanzüberschuss, der ja mit einem entsprechenden Nettokapital-export der Volkswirtschaft einhergeht oder diesen gar nur widerspiegelt, ist ein

Indikator dafür, dass es offenbar an rentablen Investitionen im Inland fehlte.

Unter Wachstumsgesichtspunkten ist es jedoch besser, wenn es zu zusätzlichen Investitionen in den Sachkapitalstock im Inland kommt, statt – wie in den vergangenen Jahren ja leider durchaus passiert – für die Finanzierungsmittel hochriskante Finanzanlagen im Ausland zu suchen.

Zuvorderst muss es dabei natürlich um zusätzliche private, unternehmerische Investitionen gehen. Aber auch der Staat kann seinen Teil dazu beitragen:

Die Gespräche über eine Reform der Kommunalfinanzen dienen auch dazu, die Kommunen über eine Verstetigung ihrer Einnahmen in die Lage zu versetzen, ihrer Rolle als wichtigster Träger öffentlicher Investitionen wieder stärker gerecht zu werden.

Darüber hinaus müssen wir uns aber auch fragen, wo wir über eine investitionsfreundlichere Regulierung oder ein Mehr an Entgeltfinanzierung zusätzliche private Investitionen mobilisieren können. Das gilt in Branchen, die stark von der öffentlichen

Hand dominiert sind, etwa bei der Energienetzinfrastruktur, im Gesundheits- oder im Bildungswesen,

Zweitens. Internationale Untersuchungen bescheinigen uns immer wieder, dass ein in Deutschland vergleichsweise unterentwickelter Dienstleistungssektor zu den hohen Leistungsbilanzüberschüssen beiträgt. Eine gute Wachstumspolitik muss daher auch darauf ausgerichtet sein, Hemmnisse für die weitere Entwicklung der Dienstleistungsmärkte zu beseitigen.

Aktuell plant die Bundesregierung, die Hinzuverdienstregelungen für Empfänger von Arbeitslosengeld II so zu verändern, dass die Anreize zur Ausdehnung der Beschäftigung verbessert werden. Die Einigung von Anfang Oktober ist erst ein erster, kleiner Schritt, ein weiterer folgt gegebenenfalls im nächsten Jahr. Aber auch schon der erste Schritt geht in die richtige Richtung.

Drittens. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum muss nachhaltig gelöst werden. Die EUROPEAN FINANCIAL STABILITY FACILITY (EFSF) war ein wichtiger und richtiger Schritt, aber wir

haben uns nur „Zeit gekauft“, die wir jetzt auch nutzen müssen.

Wir brauchen einen Mechanismus, der bei künftigen Krisen auch die Gläubiger an der Lösung der Probleme beteiligt. Und wir brauchen frühere und strikere Instrumente in der Haushaltsüberwachung von potentiell gefährdeten Staaten. Ein Mitgliedsstaat, der eine hohe Auslandsverschuldung aufweist und zugleich über keinen ausgeprägt starken Exportsektor verfügt, muss frühere und stärkere Eingriffe tolerieren als bisher.

Deutschland muss bei der Debatte um eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorangehen. Wir müssen uns unserem Gewicht als Staat mit der größten Wirtschaftskraft in Europa gemäß verhalten. Unsere europäischen Partner erwarten von uns Vorschläge, und sie erwarten von uns den Willen dies umzusetzen. Die ökonomische Theorie spricht hier von der Rolle als „regionaler Stabilitätshegemon“. Um es klar zu sagen, es geht hier im Kern nicht um Dominanz, sondern um Handlungsfähigkeit in der Eurozone als

Gebot partnerschaftlicher
Zusammenarbeit.

Dabei dürfen wir uns allerdings keinen Illusionen hingeben. Die europäische Verhandlungssituation ist so, dass jede grundlegende Änderung am Vertragswerk äußerst schwierig wird. Dass wir in diese Lage geraten sind, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Deutschland, dass die Regierung Schröder selbst das Regelwerk in den Jahren 2003-05 ein Stück weit außer Kraft gesetzt hat. Manch einer in Europa hat das so interpretiert, dass die früheren Verfechter von Stabilität den Stabilitäts- und Wachstumspakt selbst nicht mehr für wichtig hielten. Das war ein „Sündenfall“, der Deutschland auf viele Jahre hinaus geschädigt hat.

Viertens. Auch die Re-Regulierung der Finanzmärkte bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe. Es besteht durchaus ein Zusammenhang mit der Euro-Staatsschuldenkrise: Wären die Finanzmärkte in einer besseren Verfassung gewesen, hätte sie auch die Insolvenz eines wirtschaftlich kleinen Euro-Landes absorbieren können.

International verzeichnen wir derzeit durchaus gute Fortschritte, die neuen europäischen Aufsichtsbehörden zeugen davon, etwa der Rat für Systemrisiken und neue Aufsichtsgremien für Banken, Versicherungen und Börsen.

Generelle Leitlinie für Neuordnung der Finanzmärkte muss sein: Gewinnchancen und Haftung müssen wieder in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Es kann nicht richtig sein, wenn exorbitante Gewinne privatisiert, exorbitante Verluste aber sozialisiert werden. Und dort, wo eine vollumfängliche Haftung Privater ex ante nicht glaubwürdig ist, muss – quasi hilfsweise – eine Regulierung einsetzen.

Für Deutschland kommt es auch darauf an, zu fragen, welche Art von Bankgeschäften wir haben wollen. Die deutsche Volkswirtschaft ist geprägt durch ein erfolgreiches Nebeneinander von global tätigen Konzernen und Mittelständlern sowie regional tätigen Mittelständlern und Kleinunternehmen. Sie alle müssen gute Finanzierungsbedingungen für ihre Investitionen vorfinden. Wenn sich die deutsche Finanzindustrie nur noch im Investment-

banking betätigt und ein industriell tätiger Mittelständler keinen Ansprechpartner für seine Firmenexpansion mehr findet, dann nützen auch die schönsten Geschäftszahlen im Bankensektor der Volkswirtschaft als Ganzes nichts.

Wenn wir uns all diesen Aufgaben stellen – *die öffentlichen Haushalte in Ordnung bringen, Bildung und Forschung stärken, mehr Investitionen ermöglichen, den Dienstleistungssektor entwickeln, die Euro-Staatsschuldenkrise überwinden, die Finanzmärkte re-regulieren* – wenn wir all diese Aufgaben konsequent angehen, dann kann Deutschland auch wieder auf einen höheren Wachstumspfad kommen; dann müssen wir uns nicht auf Dauer mit ein oder eineinhalb Prozent Potentialwachstum zufrieden geben.

Ihnen, den Studentinnen und Studenten, möchte ich sagen: Mit Ihrer Wahl des Studiengangs „Internationale Wirtschaft und Governance“ liegen Sie goldrichtig. Ob es um die Überwindung der Finanzkrise, um die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte, die wirtschaftspolitische Koordinierung oder den

Steuerwettbewerb geht: fundierte Kenntnisse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der inter- und supranationalen Politikstrukturen sind ebenso unverzichtbar wie ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz.

Um es auf den Punkt zu bringen: Machen Sie ein gutes Examen und bewerben Sie sich bei uns. Menschen mit einer derartigen Qualifikation können wir immer gut gebrauchen!